

Der US-Journalist Norman Solomon warnt eindringlich vor der Einsetzung einer obskuren Kommission aus Vertretern aller US-Geheimdienste, welche die "Einflussnahme Russlands" eindämmen soll.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 181/16 – 21.12.16**

Die Demokraten, die mit dem Finger auf Russland zeigen, scheinen vom Geist McCarthys inspiriert zu sein

Von Norman Solomon

The Hill, 07.12.16

(<http://www.thehill.com/blogs/pundits-blog/foreign-policy/309249-mccarthys-ghost-smiles-as-dems-point-the-finger-at-russia>)

Am Dienstag haben Steny Hoyer (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Steny_Hoyer), ein Demokrat aus Maryland, der als "Whip" (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Whip>) seiner Fraktion alle Demokraten im Repräsentantenhaus auf Parteilinie bringen muss, und sechs führende Demokraten in wichtigen Ausschüssen des Repräsentantenhauses Präsident Obama in einem Brief mitgeteilt: "Wir sind sehr beunruhigt über die Versuche Russlands, in unsere jüngste Wahl einzugreifen und ihr Ergebnis zu beeinflussen."

Zu den Unterzeichnern des Briefes, [der unter <https://pbs.twimg.com/media/CzCOR-S2WQAE09jO.jpg:large> aufzurufen ist und] in dem den Russen subversive Aktivitäten vorgeworfen werden, gehört auch Adam Schiff, ein prominenter Demokrat aus Kalifornien, der eine führende Stellung im Geheimdienst-Ausschuss des Repräsentantenhauses hat.

Als das Repräsentantenhaus vor einer Woche mit einem Votum von 390 gegen 30 Stimmen den Intelligence Authorization Act (den Entwurf für das Budget der Geheimdienste) im Haushaltsjahr 2017 billigte und an den Senat weiterleitete, forderte Schiff "eine deutliche Erhöhung der Mittel, die zur Abwehr destabilisierender Maßnahmen Russlands, insbesondere zur Verhinderung von Versuchen zur Beeinflussung von Wahlen vorgesehen sind". In der Section 501 [nachzulesen unter <https://www.congress.gov/bill/114th-congress/house-bill/6393/text#toc-H1F34F7843955494592B6F04108572B27>] wurden (auf Schiffs Betreiben) zusätzliche Gelder für die Gründung einer aus führenden Mitarbeitern aller US-Geheimdienste gebildeten Kommission gebilligt, die jede verdeckte Einflussnahme aus dem Bereich der Russischen Föderation verhindern soll.

Diese hochrangige Kommission könnte schnell zu einem Gremium werden, das uns endlose Albträume verursacht.

Ohne jede parlamentarische Kontrolle soll sich diese Kommission sehr unscharf formulierten Aufträge ausführen; sie soll zum Beispiel "die Manipulation durch ausländische Medien und die Verbreitung von 'Falschmeldungen' verhindern". Das eröffnet dieser Kommission aber auch die Möglichkeit, Aktivisten diverser Bewegungen, politische Gegner und lästige Journalisten zu schikanieren oder kaltzustellen. Der Präsident soll dieser Kommission außerdem jederzeit "weitere Aufgaben" zuweisen können; damit wird ihm natürlich die Möglichkeit gegeben, sie auch für ganz andere Zwecke zu missbrauchen.

Die Mitglieder der Kommission sollen von den Chefs der US-Geheimdienste ausgewählt werden, die der Präsident damit beauftragt; zu diesen Beauftragten soll auch der Direktor

des FBI gehören, also der Chef einer Behörde, die schon unter ihrem Gründer J. Edgar Hoover (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/J._Edgar_Hoover) so wenig vertrauenswürdig war, wie sie das unter ihrem heutigen Chef James Comey (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/James_B._Comey) noch immer ist.

Alles in allem ist dieser Vorschlag ein hübsch verpacktes Geschenk der im Kongress verbliebenen Demokraten an den neugewählten republikanischen Präsidenten.

Dieses Land hat zu Zeiten McCarthys schon einmal eine lange Hexenjagd durchlitten. Das Leben vieler Menschen – auch solcher, die in Diensten der Regierung standen – wurde zerrüttet oder sogar zerstört. Der 1. Zusatzartikel zur US-Verfassung (nachzulesen unter https://de.wikipedia.org/wiki/1._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten) wurde auf Eis gelegt und schließlich ganz eingefroren. Die Demokratie hing in den Seilen.

Joe McCarthy erlangte in der Mitte des 20. Jahrhunderts eine traurige Berühmtheit, weil er Hysterie erzeugte und sie ständig schürte. Seine Demagogie wurde nicht nur von opportunistischen Politikern, sondern auch von den Medien unterstützt, die sich bei der Rechtfertigung von Angriffen auf die im 1. Zusatzartikel garantierten Grundrechte gegenseitig zu überbieten versuchten – und das alles nur, um die USA vor dem Kommunismus zu bewahren, der sie angeblich zu unterwandern drohte (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/McCarthy-%C3%84ra>).

Auch heute geben die führenden Politiker beider im Kongress vertretenen großen Parteien wieder vor, die in der Section 501 geforderte Kommission diene nur dem Schutz der USA und bedrohe keinesfalls die Grundrechte der US-Bürger. Auch die überwiegend auf Autopilot geschalteten Senatoren werden der Forderung zustimmen und keinen Gedanken an die möglichen Folgen verschwenden.

Zum Schutz der Grundrechte sollte sich die auch in den USA wachsende außerparlamentarische Opposition [s. auch https://act.rootsaction.org/p/dia/action3/common/public/?action_KEY=12573] mit kritischen Abgeordneten beider Parteien zusammentun – unabhängig davon, ob sie progressiv, liberal, libertär oder Anhänger der Tee Party sind – und gemeinsam versuchen, die erneute Aushöhlung der Bill of Rights (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Bill_of_Rights_\(Vereinigte_Staaten\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bill_of_Rights_(Vereinigte_Staaten))) zu verhindern.

Die meisten führenden Demokraten scheinen mit oder ohne Bedenken entschlossen zu sein, die russische Regierung zum Sündenbock für die verlorene Wahl zu machen. Anstatt die Kungelei Hillary Clintons mit der Wall Street [s. <http://thehill.com/people/hillary-clinton>] oder das seltsame Verhalten des FBI-Direktors kurz vor der Wahl für die Niederlage verantwortlich zu machen, will die Demokratische Partei wohl die antirussische Karte spielen.

In dem irrigen Glauben, den Republikanern schaden zu können, wenn sie behaupten, die Russen hätten Donald Trump zum Wahlsieg verholfen, spielen die Demokraten mit dem Feuer, weil sie mit ihren Forderungen die im 1. Zusatzartikel garantierten Grundrechte und andere wertvolle Freiheiten aufs Spiel setzen

Wann immer Liberale geholfen haben, eine Hexenjagd zu starten, haben republikanische Politiker das scham- und maßlos ausgenutzt. Das war auch schon so, als Harry Truman am 22. März 1947 aus Angst vor kommunistischer Unterwanderung per Durchführungsverordnung "Loyalitäts-Überprüfungen" für die Angestellten aller Bundesbehörden anordnete [s. https://twitter.com/History_Express/status/712343644494106624].

Truman mag geglaubt haben, er könne ultrarechte Republikaner ruhigstellen, wenn er ihnen diesen Knochen vorwirft. Der Geruch "roten" Fleisches hat sie aber nur zum General-

angriff auf alle bürgerlichen Freiheiten angespornt. Und Richard Nixon, damals noch ein ehrgeiziger Neuling im Repräsentantenhaus, tat alles, um die Hexenjagd zu eskalieren. Dabei unterstützten ihn auch noch anderen Republikaner – die Senatoren Karl Mundt aus South Dakota und Joseph McCarthy aus Wisconsin. Sogar einige Demokraten, darunter Senator Pat McCarran aus Nevada, machten mit. So konnte die Geschichte ihren skandalösen und am Ende tragischen Verlauf nehmen.

Jetzt scheint eine Mehrheit der Abgeordneten und Senatoren im US-Kongress eine neue Hexenjagd veranstalten zu wollen. Natürlich wird die nicht genau so wie zu Zeiten McCarthys ablaufen, denn die Geschichte wiederholt sich nicht deckungsgleich, aber es wird die gleichen Fehlentwicklungen geben.

Norman Solomon ist Mitbegründer der online agierenden Aktivistengruppe [RootsAction.org](http://rootsaction.org) (s. <http://rootsaction.org/>), die 750.000 Mitglieder hat. Er ist auch geschäftsführender Direktor des Institute for Public Accuracy (s. <http://www.accuracy.org/>).

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor Norman Solomon selbst eingefügt. Weitere Infos über ihn sind nachzulesen unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon_\(Journalist\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon_(Journalist)). Er hat auch einen sehr lesenswerten Artikel über die U.S. Air Base Ramstein in der Westpfalz geschrieben, der unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP10116_290716.pdf aufzurufen ist. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



McCarthy's ghost smiles as Dems point the finger at Russia

By Norman Solomon, contributor
12/07/16

On Tuesday, Democratic Whip Steny Hoyer (D-Md.) and six ranking members of major House committees sent President Obama a letter declaring, “We are deeply concerned by Russian efforts to undermine, interfere with, and even influence the outcome of our recent election.”

A prominent signer of the letter – Rep. Adam Schiff (D-Calif.), the ranking member of the House Intelligence Committee – is among the Democrats most eager to denounce Russian subversion.

A week ago, when the House approved by a 390-30 margin and sent to the Senate the Intelligence Authorization Act for fiscal 2017, Schiff praised “important provisions aimed at countering Russia’s destabilizing efforts — including those targeting our elections.” One of those “important provisions,” Section 501, sets up in the executive branch “an interagency committee to counter active measures by the Russian Federation to exert covert influence.” This high-level committee could easily morph into a protracted real-life nightmare.

While lacking public accountability, the committee is mandated to ferret out such ambiguous phenomena as Russian “media manipulation” and “disinformation.” Along the way, the committee could target an array of activists, political opponents or irksome journalists. In any event, its power to fulfill “such other duties as the president may designate” would be ready-made for abuse.

The committee is to be selected by presidential appointees, including the director of the FBI — an agency with leadership that has all too often pursued covert and overt political agendas, from the times of J. Edgar Hoover to James Comey.

All in all, the provision is a gift for the next president, tied up in a bow by congressional Democrats.

This country went through protracted witch hunts during the McCarthy era. A lot of citizens — including many government workers — had their lives damaged or even destroyed. The chill on the First Amendment became frosty, then icy. Democracy was on the ropes.

Joe McCarthy rose to corrosive prominence at the midpoint of the 20th century by riding hysteria and spurring it on. The demagoguery was fueled not only by opportunistic politicians but also by media outlets all too eager to damage the First Amendment and other civil liberties in the name of Americanism and anti-communism.

Today, congressional leaders of both parties seem glad to pretend that Section 501 of the Intelligence Authorization Act is just fine, rather than an odious and dangerous threat to precious constitutional freedoms. On automatic pilot, many senators will vote aye without a second thought.

Yet by rights, with growing grassroots opposition, this terrible provision should be blocked by legislators in both parties, whether calling themselves progressives, liberals, libertarians, Tea Partyers or whatever, who don't want to chip away at cornerstones of the Bill of Rights.

Most Democratic leaders, for their part, seem determined to implicitly — or even explicitly — scapegoat the Russian government for the presidential election results. Rather than clearly assess the impacts of Hillary Clinton's coziness with Wall Street, or even the role of the FBI director just before the election, the Democratic line seems bent on playing an anti-Russia card.

Perhaps in the mistaken belief that they can gain some kind of competitive advantage over the GOP by charging Russian intervention for Donald Trump's victory, the Democrats are playing with fire. The likely burn victims are the First Amendment and other precious freedoms.

When liberals have helped to launch a witch hunt, Republican politicians have been pleased to boost it into the stratosphere. That's what happened after Harry Truman issued an executive order in March 1947 to establish "loyalty" investigations in every agency of the federal government.

On this date (03/22) in 1947, President Harry Truman orders loyalty tests on federal employees, due to fear of communism.

History Facts (@History_Express) March 22, 2016

Truman may have thought he was tossing GOP extremists a bone that they would stop to gnaw on. But he actually supplied them with red meat for an all-out assault on civil liberties. An ambitious new arrival in the House named Richard Nixon did his part to escalate the witch hunting. So did other Republican lawmakers, like Sens. Karl Mundt of South Dakota and Joseph McCarthy of Wisconsin. Some Democrats, like Nevada's Sen. Pat McCarran, were pleased to join in. The rest is disgraceful and tragic history.

Now, most lawmakers on Capitol Hill seem inclined to let it happen again. Of course the upcoming era won't be the same as the one that bears the name of McCarthy. History doesn't exactly repeat itself, but it can rhyme an awful lot.

Norman Solomon is co-founder of the online activist group RootsAction.org, which has 750,000 members. He is executive director of the Institute for Public Accuracy.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern